

Die Ernährungsfragen im Abgeordnetenhaus-Ausschuß.

Der Staatshaushaltsausschuß des Abgeordnetenhauses beriet am Freitag den Antrag Friedberg u. Gen. über Sicherstellung der Ernährung. Berichterstatter waren die Abgg. Hösch, Neukirchen (konf.) und Lippmann-Stettin (Bpt.). Abg. Hösch betrachtete die Fragen im wesentlichen vom Standpunkt des Produzenten aus. Er empfahl Sammlung aller Verordnungen, Verfügungen und Bekanntmachungen, welche die Volksernährung betreffen, nach Materien geordnet, und größere Stetigkeit in den Maßnahmen und in der Festsetzung von Höchstpreisen. An dem Verbot der Verfütterung hielt er fest. Die Kartoffelversorgung will er nach wie vor durch Umlegung auf die Ueberschußtreife sichern. Die Reichsstelle für Gemüse und Obst erscheint ihm unzulänglich; er fordert, daß sie besser ausgebaut werde. Die Geschäfte der Gerstenverwertungsgesellschaft m. b. H. würden nicht gemeinnützig betrieben. Der über fünf Prozent erzielte sehr hohe Gewinn falle nicht dem Reiche zu, sondern den Gesellschaftern. Das müsse geändert werden. Die Versorgung mit Vieh lasse zu wünschen übrig. In den beiden nächsten Monaten würde schwerlich Fleisch für die Bevölkerung geliefert werden können.

Abg. Lippmann empfahl mit Rücksicht auf den voraussichtlichen Fortfall des Fleisches in den nächsten beiden Monaten Erjagungsregeln. Die Protrationen müßten und könnten erhöht werden, und zwar für alle Minderbegüterten. Auch die Zuckerationen, die man in letzter Zeit wieder herabgesetzt habe, könnten und müßten nach den vorhandenen Vorräten erhöht werden. Die Berechnung des Bedarfs brauche den Oktober nicht zu berücksichtigen, auch könnten die Rohzuckervorräte der Gemeinden und der Bezugsvereinigung als Verbrauchszucker herausgegeben werden. Bezüglich der Kartoffellieferungen beständen Schwierigkeiten. Die größeren Gemeinden erhielten die ihnen auf Ueberschußtreife angewiesenen Kartoffeln nicht. Hier müsse mit Beschlagnahme der für menschlichen Bedarf erforderlichen Kartoffelmengen zu empfehlen. Die vorhandenen Lebensmittelvorräte dürften nicht ausgeführt werden, und sie müßten durch gehörigen Wildabschuß, Förderung der Kaninchenzucht und der Fischzucht erhöht werden. Die Ausfuhrverbote der Bundesstaaten auf die der preussischen Kreise müßten beseitigt werden. Ersatzstoffe für Lebensmittel dürften nur in den Handel gebracht werden, wenn sie vom Nahrungsmittelamt zugelassen sind. Für den Leiter des Kriegsernährungsamtes empfehle sich die größte Nachfülle insbesondere gegenüber den bundesstaatlichen Behörden. In den Vorstand hätte füglich auch ein Sachverständiger für die Ernährung der Groß-Berliner Bevölkerung gehört.

Nach Erstattung der Berichte stellte sich der Präsident des Kriegsernährungsamtes, Oberpräsident v. Batocki, dem Staatshaushaltsausschuß vor und entwickelte mit einigen Worten, wie er sich die Tätigkeit des Kriegsernährungsamtes in den nächsten Monaten denke. Er bemerkte dabei, er habe schon jetzt die feste Ueberzeugung gewonnen, daß die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln durchaus gesichert sei, so daß man mit vollem Vertrauen der Zukunft entgegensehen könne. Mißstände seien ja allerdings auf manchen Gebieten vorhanden; sie seien jedoch im wesentlichen nur örtlicher Natur und würden durch geeignete Maßnahmen beseitigt werden können. Eine Reihe neuer Maßnahmen würde voraussichtlich bereits in den nächsten Tagen getroffen werden; denn es müßte in dieser für die Volksernährung kritischen Zeit alles getan werden, um die Bedürfnisse der Konsumenten zu befriedigen, auch wenn man dadurch zeitweilig in die Interessen der Erzeuger weiter würde eingreifen müssen.

Der Landwirtschaftsminister wies darauf hin, daß es jetzt gelte, über die letzten Schwierigkeiten hinwegzukommen, die noch aus der Mißernte des vergangenen Jahres herrührten, namentlich über die gegenwärtige Fleischknappheit, die nach dem unerhörten Futtermangel im Herbst und Winter unvermeidlich gewesen und von allen Wissenden vorausgesehen und vorhergesagt worden sei. Es handle sich nur um eine Uebergangszeit; mit der neuen Ernte, deren Aussichten durchaus günstig seien, werde eine wesentliche Erleichterung eintreten. Bis dahin müsse der Verbrauch, namentlich bei Fleisch, so viel wie irgend möglich, eingeschränkt werden, um in die Viehbestände, die uns im Herbst und Winter mit Fleisch, Fett und Milch versorgen müßten, nicht zu tief einzugreifen. Ueberhaupt müsse man sich bei jeder Maßregel davor hüten, zugunsten augenblicklicher Bedürfnisse durch dauernd störende Eingriffe in die Produktion die Versorgung der Zukunft zu gefährden. In dieser Erwägung habe die Regierung auch die in einzelnen Provinzen erlassenen Hauschlachtungsverbote, die erkennbar von der Schweinehaltung abgeschreckt hätten, aufgehoben und durch die Genehmigungspflicht für Hauschlachtungen ersetzt. Auch die Ausfuhrverbote einzelner Bezirke seien nach Möglichkeit beseitigt oder gemildert worden.

Unterstaatssekretär Göppert, Präsident der Reichsfleischstelle, gab Auskunft über die für Heer, Lazarette und Zivilbevölkerung erforderlichen Schlachtungen. Die Bergarbeiterbevölkerung werde in nächster Zeit von der Reichsfleischstelle mehr Fleisch erhalten.

Ministerialdirektor Graf Kennerling berichtete über die Förderung der Viehproduktion. Es seien sowohl Schweine mit staatlicher Hilfe gemästet, als auch mit staatlicher Hilfe für die Aufzucht von Schweinen gesorgt worden. Hierzu werden gegen 80 Millionen Mark aus Staatsmitteln zugeschoffen.

Ein Vertreter des Zentrums empfahl ebenfalls besondere Rücksichtnahme auf die Produzenten. Bei den immobilen Truppen könne Fleisch gespart werden. Aus Belgien könne mehr Vieh herausgeholt werden. Die Ausfuhrverbote der Bundesstaaten müßten unbedingt aufgehoben werden. An der Grenze Bayerns komme es vor, daß in Bayern der Arbeiter 800 Gramm, derselbe Arbeiter bei derselben Arbeitsleistung in Preußen 220 Gramm Fleisch pro Woche erhalte. Der Redner verlangt die Beschlagnahme der Konserven, ebenso die Beschlagnahme der für Menschen nötigen Kartoffeln. Er meint, der preussische Landwirtschaftsminister solle den Leiter des Kriegsernährungsamtes sachverständig beraten.

Nächste Sitzung: Sonnabend.